

Für uns



VERBANDSBLATT des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V.
2. Jahrgang | Nr. 1/ Februar 2013

Auch in Mecklenburg-Vorpommern endlich den sozialen Arbeitsmarkt gestalten!

Am 26.10. tagte das 15. Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin und forderte die schnelle Erarbeitung eines Landesarbeitsmarktprogrammes unter Einbindung der Mittel der Europäischen Struktur-

fonds ESF und EFRE sowie des ELER. Es soll den Sozialen Arbeitsmarkt gestalten und für mehr als zwei Jahre aus der Arbeitswelt ausgeschlossen Frauen und Männern zusätzliche öffentliche und öffentlich geförderte Arbeitsplätze schaffen, die durch die Landesregierung und in den Kommunen initiiert und mit der Arbeitsverwaltung vereinbart werden müssen. Diese Arbeitsplätze sollen gleichermaßen in privatwirtschaftlichen, öffentlichen und gemeinwohlorientierten Bereichen entstehen, um eine reale Arbeitsmarktnähe zu schaffen. Menschen mit Vermittlungshemmnissen könnte mit einem individuellen Nachteilsausgleich die Teilhabe am Erwerbsleben ermöglicht werden. Das dient der Sicherung des Fachkräftebedarfs und der Integration von Arbeitslosen in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Dr. Rudolf Martens vom PARITÄTISCHEN machte in seinem Referat mit vielen Beispielen deutlich, dass der fehlende Soziale Arbeitsmarkt auch den Unternehmen schadet. Für Menschen, die derzeit



keine Chance haben sofort eine sozialversicherungspflichtige Arbeit zu erhalten, müssen zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft und -motivation Beschäftigungsangebote bereitgestellt werden. Örtliche

Beiräte, an denen Gewerkschaften, Kammern und andere arbeitsmarktpolitische Akteure, aber auch die Erwerbslosenvertretungen als Hauptakteure, beteiligt werden, sollen über diese Beschäftigungsangebote entscheiden. Eine unabhängige Erwerbslosenberatung muss eine auf die individuellen Belange gerichtete, die Würde des Menschen achtende, komplexe und qualitativ hochwertige soziale, gesundheitliche und rechtliche Beratung gewährleisten, die über die gegenwärtige Beratung in den Jobcentern hinausgeht. Der Beitrag von Genos-

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Vorstände und Mitglieder,

der Landesvorstand hat am 12. Januar seine erste Beratung im neuen Jahr durchgeführt. Wir wünschen euch und uns gemeinsam für 2013 vor allem Gesundheit und viel Erfolg!

Aus der ALV-Landesvorstandssitzung vom 12.01.2013

1. Der Landesvorstand hat den Haushalt und den Finanzbrief 2013 sowie seinen Arbeitsplan und die Aufgabenverteilung für das Jahr 2013 beschlossen.

Wichtige Auszüge daraus:

- die nächste Landesvorstandssitzung wurde für den 2. März vereinbart,
- die diesjährige Klausur des Landesverbandes findet am 23. und 24. Mai in Barkow statt,
- die Landesspendenaktion ist vom 10. bis 25. Juni geplant, die Jahresmitgliederversammlung des Paritätischen M-V ist am 21. Juni.

2. Der Landesvorstand plant in Fortsetzung der Barkow-Tagung 2012 im ersten Quartal 2013 ein Gründerseminar.

3. Für die diesjährige Klausur des Landesverbandes in Barkow schlagen wir erneut die Arbeit in Arbeitsgruppen vor und bitten euch um Themenvorschläge.

4. Im Dezember wurde die Zulassung als Träger nach AZAV beantragt, Prüftermin ist der 26. Februar 2013.

In dieser Ausgabe findet ihr den Entwurf eines Leitbildes für unseren Landesverband, dass wir hiermit zur Diskussion stellen.

Die Internetseite unseres Landesverbandes wird neu gestaltet und aktualisiert.

Mit den besten Wünschen,
Jörg Böhm

Aus dem Inhalt

Seite	2	Der Landesvorstand informiert
Seite	6	10 Jahre Hartz-Gesetze
Seite	9	Entwurf unseres Leitbildes

Fortsetzung von Seite 1

senschaften zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung soll stärker bekanntgemacht und die Gründung und Förderung von Genossenschaften finanziell unterstützt werden, damit vom Arbeitsmarkt abgehängte Menschen die Möglichkeit erhalten, uneingeschränkt und freiwillig an Genossenschaften mitzuwirken und die Deckung ihres Bedarfs an sozialen Dienstleistungen selbst zu erbringen.

Der Soziale Arbeitsmarkt wird heute vom Deutschen Städtetag, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, der SPD, der Partei DIE LINKE und der FDP unterstützt. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat inzwischen einen Gesetzentwurf eingebracht und Länder wie Baden-Württemberg, Brandenburg oder Thüringen haben längst solche Arbeitsmarktprogramme verabschiedet und erste Erfolge vorzuweisen.

Als Sozialminister hatte Herr Seling den Sozialen Arbeitsmarkt als einen Lösungsansatz für die Verringerung der Zahl der Langzeitarbeitslosen versprochen, als Ministerpräsident hat er sich mit seiner Rot-Schwarzen-Koalition von

einer aktiven Beschäftigungsförderung allerdings verabschiedet. In der Folge ist von 2007 zu 2010 die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen, aber die Zahl der Vollbeschäftigten sank um 1,3 Prozent und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 21,9 Prozent. Die in Mecklenburg-Vorpommern geleisteten Arbeitsstunden sind um 0,2 Prozent gesunken und ca. 203.000 Menschen suchen weiterhin eine Arbeit mit einem existenzsichernden Lohn. Das Parlament forderte deshalb eine verstärkte Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze unter voller Nutzung des gesetzlich möglichen Einsatzes von 20 Prozent der örtlichen Eingliederungsmittel, die Bereitstellung von Einstellungszuschüssen aus Mitteln des ESF für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für Arbeitslose und Lohnkostenzuschüsse aus Mitteln des ESF und/oder des Landes für die Einstellung von Arbeitslosen, wenn ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in einem Unternehmen begründet wird. In Abstimmung mit der Regionaldirektion NORD der Bundesagentur für Arbeit und den Stadt- und

Landkreisen soll im Landesarbeitsmarktprogramm ganz bewusst auf die bei Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II geforderten Voraussetzungen „Zusätzlichkeit“ und „Öffentliches Interesse“ der Tätigkeiten verzichtet werden. Modellprojekte unter aktivem Einsatz bislang passiv geleisteter Mittel – dem vom Bund finanzierten Regelbedarf und den kommunal finanzierten Kosten für Unterkunft und Heizung – und einem Zuschuss des Landes sollen neue innovative Arbeitsfelder entwickeln helfen.

Die Vizepräsidentin des Landtages, Frau Beate Schlupp, betonte in ihrem Grußwort, dass es dem Parlament „in den vergangenen Jahren gelungen ist, den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Landespolitikern immer weiter auszubauen“ und „...die Bedürfnisse und Interessen von Arbeitslosen den Entscheidungsträgern in der Politik und Gesellschaft näher“ zu bringen.

In diesem Sinne wird das Erwerbslosenparlament unermüdlich für Problemlösungen für die Erwerbslosen des Landes kämpfen.

Karl-Heinz Figas

TERMINE**LANDESVORSTANDSSITZUNGEN:**

02.03.2013 Bützow

20.04.2013 Anklam

BUNDESVORSTANDSSITZUNG:

23.02.2013 Berlin

ERWERBSLOSENBEIRAT:

06.02., 08.05., 26.06.2013

ARBEITSMARKTGESPRÄCH:

30.04.2013 Schwerin

SPENDEN: 400 € Bauer Korl

vom GOLCHENER HOF

Verwendung: Kinderferienlager

IMPRESSUM

Herausgeber, Redaktion & Gestaltung:
Arbeitslosenverband Deutschland Bundesverband, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Anschrift: Haus der Begegnung,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin

Tel.: 0385 - 2 07 28 11

Fax: 0385 - 2 07 28 12

E-Mail: alv-mv@hdb-sn.de

Internet: www.alv-mv.de

V.i.S.P. Jörg Böhm

UNSER LANDESVORSTAND:

JÖRG BÖHM, Vorsitzender, KV Schwerin

JOACHIM WÖLM, stellv. Vorsitzender, OV Bad Kleinen

BÄRBEL FRIEDRICH, stellv. Vorsitzende, OV Richtenberg

ASTRID PETERS, Schatzmeisterin, OV Bützow

CHRISTINE LOHEIT, Mitglied, OV Bützow

DR. HEIKO HAHNEL, Mitglied, OV Lübz u. Umgebung

HANNELORE SCHIEBE, Mitglied, KV Uecker-Randow

PETRA ECKERT, Mitglied, KV Schwerin

UNSERE LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG:

KARL-HEINZ FIGAS, Geschäftsführer, KV Schwerin

CHRISTINE LOHEIT, stellv. Geschäftsführerin, OV Bützow

SANDRA MÜLLER, Finanzsachbearbeiterin, OV Bützow

UNSERE MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND:

CHRISTIAN KÖPCKE, stellv. Vorsitzender, OV Bützow

JÖRG BÖHM, Mitglied, KV Schwerin

UNSER MITGLIED IN DER BUNDESREVISIONSKOMMISSION:

ADELE SCHAWA, KV Müritz

XV. ERWERBSLOSENPARLAMENT MV

26. Oktober 2012

Fotos von Armin Blumtritt (ALV, KV Schwerin)



Zum Arbeitslosenmarktbericht für Januar 2013

Von Gerd E. Neumann

Der Monatsbericht für Januar weist ein Mehr von 14.208 Arbeitslosen zum Dezember aus. Schuld soll der Wintereinbruch sein. 40,3 Prozent von diesem Mehr kommen aber aus dem «Kühlschrank» Arbeitsverwaltung. 5.723 Arbeitslose stammen nämlich aus der Streichung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Im Januar 2013 haben wir 115.483 registrierte Arbeitslose und insgesamt 188.094 Menschen, die einen Arbeitsplatz mit einem Lohn suchen, von dem man in Würde leben kann. Dabei ist noch nicht die Stille Reserve statistisch erfasst, die in der Regel 4 bis 5 Prozent umfasst.

Die politisch definierte Zahl der Arbeitslosen stieg gegenüber dem Dezember 2012 um 8,5 Prozent, vor allem auf Kosten der 55-65jährigen, deren Zahl um 13,3 Prozent und der Jungen von 15 bis 25 Jahren, deren Zahl um 13,8 Prozent stieg. Die Unterbeschäftigungsquote (der Anteil der Unterbeschäftigten an allen zivilen Erwerbspersonen) stieg von 15,8 Prozent auf 16,7 Prozent.

Von im Jahr 2012 727.900 Erwerbstätigen mit dem Arbeitsort in

Mecklenburg-Vorpommern waren im Juni 2012 531.988 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

90.453 davon in geringfügig entlohnter Beschäftigung, für 64.843 war es die einzige Arbeitsstelle, 9.226 waren ausschließlich kurzfristig beschäftigt.

WIE und WAS zählte die Bundesagentur für Januar 2013 in MV?

Registrierte Arbeitslose: 115.483
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinn: 125.304 (da werden z. B. die 3.143 (-1.203) Teilnehmer an Aktivierung und beruflicher Eingliederung sowie die 6.678 (-74) Frauen und Männer in vorruhestandsähnlichen Regelungen erfasst.)

Unterbeschäftigung im engeren Sinn: 142.918 (Darunter u. a. 5.833 (-836) Menschen in Weiterbildung, 4.461 (-3228) in Arbeitsgelegenheiten, die 2.503 zeitweilig Arbeitsunfähigen sowie 1.436 (-220) Bürgerarbeiterinnen und Bürgerarbeiter sowie nochmals 1.819 Menschen in vorruhestandsähnlichen Regelungen erfasst.)

Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit: 145.127 (hier ist noch vieles andere versammelt, wie 1.194 Menschen in Altersteilzeit und 965 (-162) Menschen mit Gründerzuschuss). Es fehlt die Stille Reserve und es fehlen die politisch ausdividierten Arbeitslosen.

Einen Hinweis auf die wahre Lage vermittelt die Zahl der 146.727 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Wer hilfebedürftig ist hat kein menschenwürdiges Einkommen.

194.607 Personen in 114.070 Bedarfsgemeinschaften bei 146.727 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und 41.367 Arbeitslosen im SGB-III, das sind ohne die «Stille Reserve» 188.094 arbeitsfähige Menschen in MV, die einen menschenwürdigen Arbeitsplatz benötigen und mehr als 200.000 Menschen, die am Existenzminimum leben müssen.

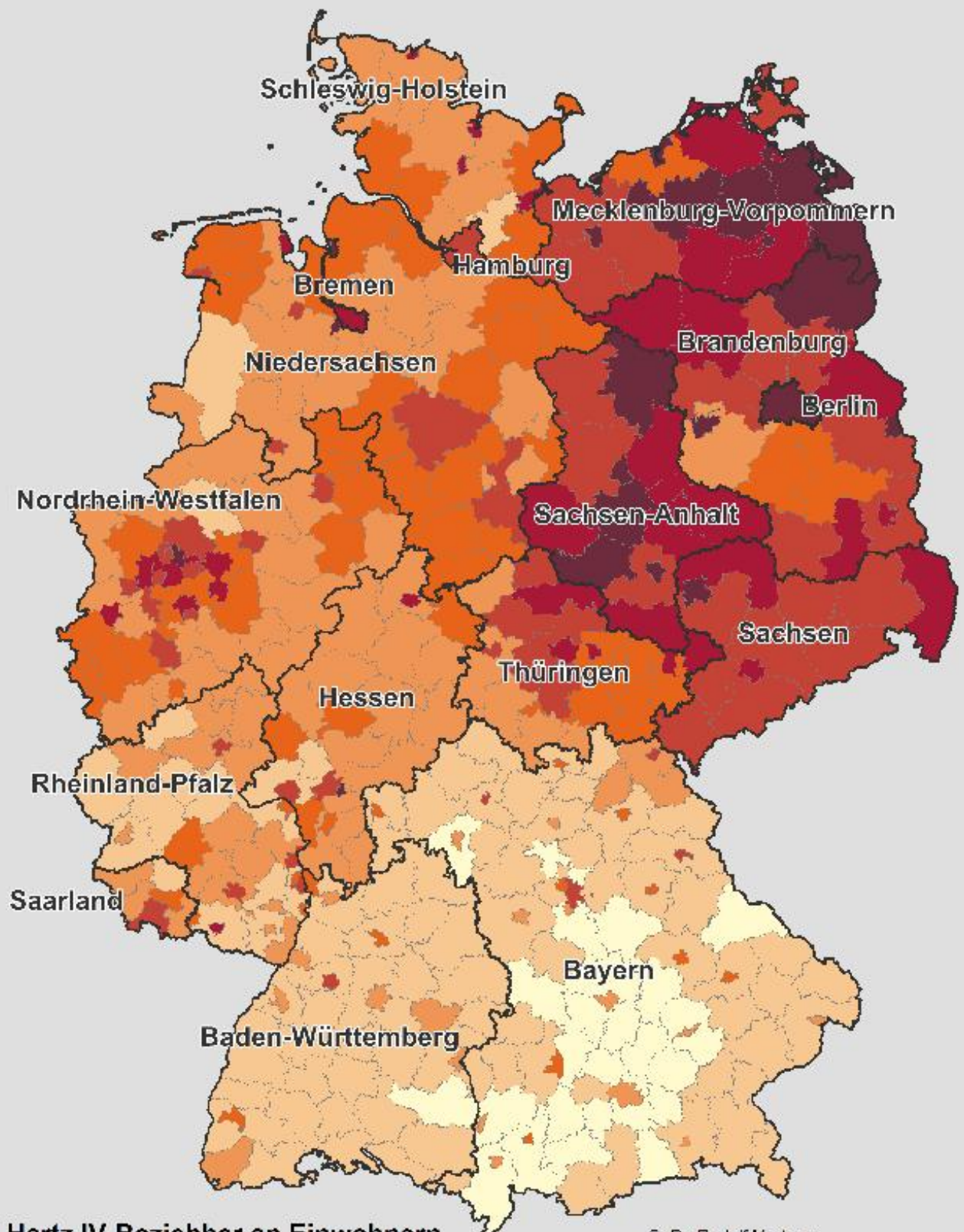
Immer wieder wird das Märchen von den «unwürdigen Arbeitslosen» mit den Sanktionen strapaziert. Dabei hat sich eigentlich gar nichts geändert. Nach wie vor werden nur etwa 2,9 Prozent der erwerbsfähigen Hilfeempfänger in MV bestraft. Die angeführten Zahlen für Januar bis Juni 2012 beweisen, dass es immer schwerer wird, mit Sanktionen Geld für die Arbeitsverwaltung zu verdienen. MV tut sich allerdings besonders hervor. Im Vergleich der ostdeutschen Länder hat in MV bei der Streichorgie den Spitzenwert von 121.09 € pro Person und mit 14,3 Prozent Streichungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung auch die Nase vorn. ■



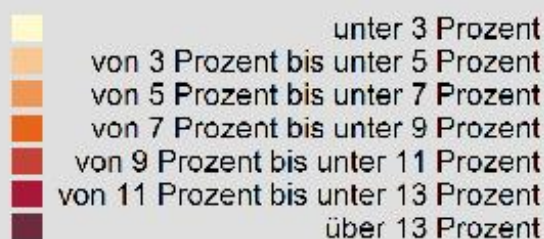
Zum Autor: Dr. Gerd-Erich Neumann, wohnhaft in Stralsund, setzt sich seit 23 Jahren ehrenamtlich für die Interessen der Erwerbslosen in unserem Bundesland ein. Er ist Mitbegründer des Arbeitslosenverbandes, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, war von 1990 bis 2001 dessen erster Vorsitzender. Hauptverdienst seines Wirkens gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut ist das 1998 gegründete Erwerbslosenparlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern als soziales Netzwerk im Land. Dieses Erwerbslosenparlament wurde für seine umfassende ehrenamtliche Arbeit 2004 durch die Stiftung «Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut» mit dem Regine-Hildebrandt-Preis ausgezeichnet. Bis heute ist Gerd-Erich als Ehrenmitglied in diesem Parlament tätig. Am Tag des Ehrenamtes 2012 wurde G. E. Neumann für seine herausragenden Leistungen durch den Ministerpräsidenten, Erwin Sellering, geehrt. Wir gratulieren ganz herzlich und danken Gerd. E. für sein jahrzehntelanges engagiertes Wirken im Sinne der Erwerbslosen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Der Landesvorstand

Anteil Hartz IV-Bezieher an Bevölkerung



Anteil Hartz IV-Bezieher an Einwohnern
Stadt-/Landkreise März 2010



© Dr. Rudolf Martens
Paritätische Forschungsstelle
Berlin, Juli 2010
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit,
Statistisches Bundesamt sowie eigene
Berechnungen

Aus ND Sa., So. 22./23. Dezember 2012

Am Anfang war der Mini-Job

Hartz-Reformen kamen schrittweise

Roland Bunzenthall

Am 23. Dezember 2002 wurden die ersten beiden Hartz-Gesetze im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Am 1. Januar 2003 traten Hartz I und Hartz II in Kraft. Was dann folgte, war der wohl größte Raubbau an den sozialen Sicherungssystemen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Bei genauer Betrachtung der Hartz-Reformen zeigt sich, dass sie die erhofften Ergebnisse nicht brachten. Selbst das «deutsche Jobwunder» der letzten Jahre geht nicht auf das Konto der Hartz-Macher um SPD-Kanzler Gerhard Schröder. Die 15-köpfige Kommission unter Leitung des VW-Arbeitsdirektors Peter Hartz hat im doppelten Sinne Politikgeschichte geschrieben: Sie ist der auffälligste Beweis dafür, dass der Trend hierzulande in Richtung Expertokratie geht. Die demokratische Willensbildung wird zunehmend durch sogenannte Fachleute unterlaufen, die ihr Wissen an die Auftraggeber aus der Politik verkaufen.

Die Hartz-Kommissionäre verliehen sich denn auch selbst den Nimbus des über dem Parteienstreit stehenden objektiven Sachverständigen. Sie versahen alte Konzepte mit neuer Begrifflichkeit: Sich und ihre Kollegen bezeichneten sie als «Profis der Nation», deren Aufgabe es sei, der Politik verkündungsfertige Blaupausen zu liefern. Und ihr Gutachten teilten sie nicht in Kapitel oder Thesen, sondern in Module ein. Hinzu kam noch ein gewisser Nepotismus – Im Schwäbischen nennt man das Vetterleswirtschaft. So kannten sich Hartz und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) aus gemeinsamen VW-Zeiten. Schröder selbst wollte sich mit Einsetzen der Kommission vom

Makel der Untätigkeit angesichts einer rekordverdächtig hohen Arbeitslosenzahl befreien. Seine Agenda 2010 sollte mit Hilfe der «Experten» das Gütesiegel der wissenschaftlichen und ökonomischen Theorie und Praxis erhalten. Der Kern der im Eiltempo erstellten Empfehlungen: Arbeit muss flexibler werden – um sich den Kapriolen des profitsuchenden Kapitals besser anpassen zu können. Zum Beispiel mittels gelockerter Vorschriften für Leiharbeit oder durch die halbstaatlichen Personal-Service-Agenturen (PSA) Infolge der Konkurrenz durch die aus dem Boden schießenden privaten Leihfirmen blieb die geplante Gemeinnützigkeit bei den PSA aber auf der Strecke.

Auch sollten Existenzgründer aus dem Kreis der Erwerbslosen den Arbeitsmarkt entlasten und die Mittelschicht stärken. Viele Gründer kehrten jedoch in die Erwerbslosigkeit zurück, wenn die Subventionen der Agentur aufgebraucht waren. Der von vielen Anhängern der Schröder-Hartz-Strategie angedachte Sprung von der Ich-AG zur Wir-AG – selbstverwaltete, kollektive Betriebsgründung nach ethisch-solidarisch-ökologischen Kriterien – gelang nicht. Von der anspruchsvollen Zielsetzung blieb nur die Fusion der kommunalen Sozialhilfe und der bundeseigenen Arbeitslosenhilfe übrig – zum Wohle beider Behörden, aber zum Nachteil der Menschen, denen das Existenzminimum nicht ausreicht. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen, und so begann der Reform zweiter Teil 2005 mit einem drastischen Anstieg der Kosten für die Staatskasse. Das Verdienst der Hartzkommissionäre ist es nämlich, die versteckte Armut teilweise aufgedeckt zu haben. Die Zahl der Leistungsberechtigten schnellte in

die Höhe – gleichzeitig feierte der föderale Egoismus der einzelnen Gebietskörperschaften fröhliche Urständ. 69 Kommunen erhielten schließlich die Erlaubnis, ein eigenes Arbeitsverwaltungsmodell zu schaffen. Frei nach dem Motto: «Wer ist der bessere Vermittler? Egal, es gibt sowieso keine Jobs!» Für den Erwerbslosen jedenfalls ist die Bundesagentur der erfahrenere Sachwalter. In der Betreuung schwieriger Fälle – Erwerbslose mit psychischen oder sozialen Problemen – hatten kommunale Sozialarbeiter zu Sozialhilfezeiten dagegen überzeugendere Ergebnisse vorzuweisen.

Die Reihe derer, die auf Distanz zur Agenda 2010 nebst ihrer hartz-schen Umsetzung gegangen sind, ist lang. Dass das neue Konzept die klassische Arbeitsmarktpolitik stillschweigend aushebelt, darüber sind sich inzwischen die meisten Beobachter einig. So traten Ein-Euro-Jobs an die Stelle der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Während Letztere sich auf ein arbeitsrechtliches Vertragsverhältnis mit all seinen Vorteilen gründeten, bringen Ein-Euro-Jobs nur eine bescheidene Aufstockung des sozialrechtlichen Anspruchs mit sich. Deutschland verzeichnet heute den historisch höchsten Beschäftigungsstand. Das den Agenda-2010-Protagonisten zuzuschreiben, läge jedoch fern jeder Realität. Der Jobaufbau resultiert nämlich in der Hauptsache aus einer im deutschen Sinne erfolgreichen Exportpolitik – deren Kehrseite stagnierende Reallöhne im In- und Schuldenkrisen im Ausland bilden. Hartz I bis IV haben dagegen allenfalls den flexiblen Einsatz von Rand- und Kernbelegschaften erleichtert und damit höchstens das Arbeitskräftepotenzial für diese Expansion ausgeschöpft. ■

Aus ND Sa., So. 22./23. Dezember 2012

Viele wussten nicht, wofür sie da stimmen

Bundestags-Vize Petra Pau über das Plazet des Parlaments zu den ersten Hartz-Gesetzen im Dezember 2002

■ *Am 19. Dezember 2002 stimmte der Bundestag mit überwältigender Mehrheit für das Gesetzespaket Hartz I. War für Sie damals absehbar, wohin die Reise gehen sollte?*

Man gab sich jedenfalls alle Mühe, uns Abgeordnete im Unklaren zu lassen. Ich erinnere mich noch sehr gut an jenen 19. Dezember. Der Präsident eröffnete die Sitzung und machte darauf aufmerksam, dass später namentlich über diese Gesetze abgestimmt werden sollte. Ich hatte daraufhin gemeinsam mit Gesine Löttsch eine Debatte zur Geschäftsordnung beantragt. Wir wollten die Abstimmung verschieben. Überliefert ist der Zwischenruf des Abgeordneten Peter Ramsauer, der mich als «gottlose Type» bezeichnete, weil wir die Entscheidung verschieben wollten.

■ *Was hätte eine Verschiebung gebracht? Die Reformen hätten sich so kaum aufhalten lassen... Naja, aber man hätte den Abgeordneten zumindest die Chance geben müssen, die viele hundert Seiten umfassenden Gesetzes-*

texte durcharbeiten. Uns waren die Texte erst in der Nacht vor der Abstimmung zugestellt worden, weil sich der Vermittlungsausschuss in letzter Minute auf einen Kompromiss geeinigt hatte. Demnach konnte keiner der Abgeordneten das vollständig gelesen haben.

■ *Also wussten auch Sie nicht, was die Hartz-Reformen zur Folge haben würden?*

Natürlich war absehbar, dass diese Gesetzgebung in das Leben und die Lebensumstände von Millionen Menschen eingreifen würde. Aber die konkreten Regelungen hatte noch keiner prüfen können.

■ *Aber die Gesetzentwürfe waren doch vorher schon bekannt. Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Schmidt antwortete mir damals, dass ich die Entwürfe seit dem 17. Oktober hätte prüfen können. Allerdings gingen die Entwürfe danach in den Vermittlungsausschuss von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Da wurde noch einiges «nachformuliert». Beispielsweise wurden die Sanktionen gegen Arbeitslose verschärft. Und so wus-*

sten viele Abgeordnete tatsächlich nicht, wofür genau sie da stimmen.

■ *War das Absicht?*

Also was die Abstimmung damals betraf, war sehr deutlich, dass die Fraktionsführungen auch deshalb auf Sofortabstimmung bestanden, um möglichst Wenigen die Prüfung der Gesetze noch zu ermöglichen.

■ *So überrumpelte man auch die eigenen Fraktionsmitglieder?*

Ich habe danach bei Diskussionen über die Hartz-Reformen immer wieder erlebt, dass Kollegen von SPD, Grünen und CDU behaupteten, sie hätten das damals so nicht beschlossen. Hatten sie aber, denn es stand ja so im Gesetz. 2004 waren Gesine Löttsch und ich so etwas wie die psychosoziale Beratungsstelle für Abgeordnete mit Gewissen. Und so mancher meinte uns gegenüber, dass er dem Gesetz nicht zugestimmt hätte, wenn er gewusst hätte, was da alles drinsteht. *Fragen: Fabian Lambeck*

Petra Pau (LINKE) ist Vizepräsidentin des Bundestags und sitzt seit 1998 im Parlament.

+++ HARTZ-GESETZE: +++ 2003 HARTZ I & HARTZ II +++ 2004 HARTZ III +++ 2005 HARTZ IV +++

Die Kommission «**Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**» legte Vorschläge für vier Gesetze vor, die umgangssprachlich mit Hartz I bis IV bezeichnet werden. **HARTZ I** galt ab **2003** und enthielt **Regelungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung**, dafür wurden **Bildungsgutscheine** eingeführt. Kernstück waren die **Personalservice-Agenturen (PSA)**. Diese Leiharbeitsvermittlungen wurden unter dem Dach der Agenturen für Arbeit eingerichtet, stellen Erwerbslose ein und verleihen sie befristet an Firmen. Das Ziel der unbefristeten Übernahme wurde indes selten erreicht. Zwischen den Verleihzeiten sollen die PSA-Beschäftigten qualifiziert werden. Hartz I führte auch zu wesentlichen **Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**, das den **Verleih von Arbeitnehmern** regelt. So wurde der Gleichstellungsgrundsatz gesetzlich verankert. Danach müssen Leiharbeitnehmer zu denselben Bedingungen beschäftigt werden wie die Stamm-

arbeiter des entleihenden Unternehmens. Durch Tarifverträge sind aber abweichende Regelungen möglich. Demzufolge ist der Grundsatz «**Gleiches Geld für gleiche Arbeit**» für die meisten Leiharbeiter weiter nicht verwirklicht.

Auch **HARTZ II** trat **2003** in Kraft. Es regelt z.B. die geringfügige Beschäftigung in **Mini- und Midijobs**. Als geringfügig Beschäftigter gilt, wer monatlich bis zu 400 Euro verdient. 2013 wird die Grenze auf 450 Euro angehoben, zudem gilt künftig eine Rentenversicherungspflicht, von der sich Betroffene aber befreien lassen können. Laut Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gibt es **derzeit in Deutschland rund 7,4 Millionen Minijobs**, 2,5 Millionen davon werden als Nebenjob ausgeübt. Diese Zahlen sind seit Ende 2005 leicht gestiegen. Frauen stellen die Mehrzahl der geringfügig Beschäftigten. Sozialverbände kritisieren besonders die fehlende soziale Absicherung. So

werden bei einem Minijob keine Beiträge zur Arbeitslosen- oder Rentenversicherung abgeführt, was bei den Beschäftigten das Armutsrisiko stark verschärft. In Branchen wie dem Gastgewerbe oder dem Handel verdrängen Mini- und Midijobs zudem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Ebenfalls Bestandteil von Hartz II war die sogenannte **Ich-AG**. Für die Gründung dieser Kleinstunternehmen erhielten Erwerbslose einen Zuschuss. Im Juli **2006** wurde diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme durch den sogenannten **Gründungszuschuss** abgelöst. *grg*

HARTZ III trat **2004** in Kraft. Es beinhaltete den Umbau der Arbeitsämter in Arbeitsagenturen. **HARTZ IV** trat **2005** in Kraft. Unter dem Grundsatz «Fördern und fordern» wurde mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II zum 1. Januar 2005 die letzte Stufe der Vorschläge der Hartz-Kommission als Gesetz umgesetzt.

Aus ND Sa., So. 22./23. Dezember 2012

«Wir spielen Unternehmen»

Internes Papier kritisiert betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Bundesagentur für Arbeit

Von Tom Strohschneider

Dieses Papier hat es in sich: Auf 19 Seiten rechnet der Personalratsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit mit seiner Behörde ab. Vor ein paar Tagen machte eine Meldung die Runde: Die Agentur für Arbeit stehe vor einem «tiefgreifenden Umbau», hieß es zum Beispiel hier. Die klassische Vermittlung von Erwerbslosen werde weniger wichtig, der Stellenabbau in den Jobcentern gehe weiter, Eckpunkte seien in einem Positionspapier «BA 2020» festgehalten. Und in der «Frankfurter Allgemeinen» kündigte Vorstands-

«Steuern nach Zahlen ist wie Malen nach Zahlen. Es kommt keine Qualität zustande.»

chef Frank-Jürgen Weise an, man werde «die Strukturen permanent an die Aufgaben anpassen: Kundendienst, mehr Internet und entsprechend auch Investitionen in die Behörde. Diese freilich, so Weise, müssten sich lohnen. Das könne man «nur mit betriebswirtschaftlichen Berechnungen» sichern «So erfülle ich den sozialen Auftrag am besten.»

Tatsächlich? In der Personalvertretung der Bundesagentur, die mit ihren knapp 100.000 Mitarbeitern immerhin einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik ist, denkt man darüber anders. Die Webseite nachdenkenseiten.de hat jetzt Überlegungen des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, Eberhard Einsiedler, vom Oktober 2012 publik gemacht. «Eine selbstkriti-

sche Betrachtung» der Arbeit in den Agenturen und Jobcentern sei dringend nötig, heißt es in einem 19 Seiten umfassenden Diskussionspapier, das strukturelle Schwachstellen und Fehlorientierungen benennt.

«Sind wir Teil des Problems?»

«Wir spielen Unternehmen, und das mit erheblichem Aufwand. Aber wir sind weder die Deutsche Bank, noch Porsche, noch Aldi», warnt Einsiedler und fragt: «Sind wir Teil des Problems?» An der Spitze der Personalvertretung der Bundesagentur wird jedenfalls äußerst kritisch auf den Status quo geblickt: «De-Regulierung und Flexibilisierung, die Rezeptur der neoklassischen Ökonomie, haben zu einem nicht mehr vertretbaren Ausmaß an prekärer Beschäftigung geführt, dessen volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten uns noch einholen werden», warnt Einsiedler. Prägnant wird vor allem der verhängnisvolle Trend zu mehr Leiharbeit belegt, hier würden einzelne Arbeitsagenturen «bis zu 70 Prozent ihrer Besetzungserfolge» erzielen.

Umsiedler spricht von «erwirtschaften», er verweist auf die betriebswirtschaftliche Sprache, welche die Arbeit der Jobcenter und Agenturen präge, «von Geschäftsmodellen und Produktlinien, von Zielkunden und Vertriebsorientierung» sei da die Rede; man interessiere sich «vor allem für Zahlen». Doch nicht diese könnten das Ziel einer an sozialpolitischen Grundsätzen orientierten Arbeits-

vermittlung sein, «sondern die angestrebten Wirkungen». «Zahlen sind zur normativen Ziel- und Richtgröße» geworden, beklagt Einsiedler, das gelte auch für die innere Kultur der Bundesagentur, die davon geprägt sei. Das, so der Personalratsvorsitzende, «dreht die Fehlorientierung unserer Steuereungskultur noch eine Umdrehung weiter. Steuern nach Zahlen ist wie Malen nach Zahlen. Es kommt keine Qualität zustande».

Kritik am «Zahlenfetischismus der modernen Arbeitsvermittlung» hat es schon früher gegeben. Einsiedler erweitert diese nun in eine umfassendere, gesellschaftliche Perspektive: «Was ist unser Beitrag zum Gemeinwohl in diesen Zeiten?», fragt der Personalrat.

Arbeitsvermittlung zu sehr auf Leiharbeit fixiert

Und hat zumindest rückblickend eine sehr kritische Antwort parat: «In den letzten zehn Jahren haben sie die Gewichte einseitig zu Gunsten der Marktorientierung verschoben». Zudem sei es kein Wunder, «dass seit einigen Jahren in der Arbeitsvermittlung verstärkt auf die Leiharbeit gesetzt» werde - damit ließen sich «am schnellsten und mit geringstem Aufwand» Erfolge erzielen, jedenfalls Kennziffern, die in der betriebswirtschaftliche Orientierung der BA als Erfolge gelten. Trotz seiner Brisanz machte das Papier von Einsiedler bisher kaum Schlagzeilen.

Kulturtipp



Foto: Petra Eckert

Leitbild des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V.

- Diskussionsentwurf -

Der Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern ist ein gemeinnützig und mildtätiger eingetragener Verein. Er ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und Mitglied im Paritätischen.

Wir beraten und betreuen Hilfesuchende, insbesondere von Erwerbslosigkeit betroffene und bedrohte Personen.

Wir orientieren unsere Arbeit an den Problemlagen der Ratsuchenden und am Gemeinwesen.

Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützen Hilfesuchende darüber hinaus mit sozialen Dienstleistungen.

Wir unterstützen Arbeitsuchende bei der sozialen Integration und bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Wir verbinden hauptamtliche Tätigkeit und ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement.

Wir arbeiten als zuverlässiger Partner in einem starken Netzwerk mit Einrichtungen des Bundes- und des Landes, mit Kommunen, Unternehmen, sozialen Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen zusammen.

Die CHRONIK des ALV 1990 - 2012

erschien im Oktober 2012 zum XV. Erwerbslosenparlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herausgeber: Erwerbslosenbeirat des Erwerbslosenparlaments Mecklenburg-Vorpommern. Die 36-seitige Publikation kann über die Landesgeschäftsstelle bezogen werden. Dr. Gerd E. Neumann sei an dieser Stelle ganz herzlich für die Erstellung dieser wichtigen, aussagekräftigen Dokumentation gedankt.



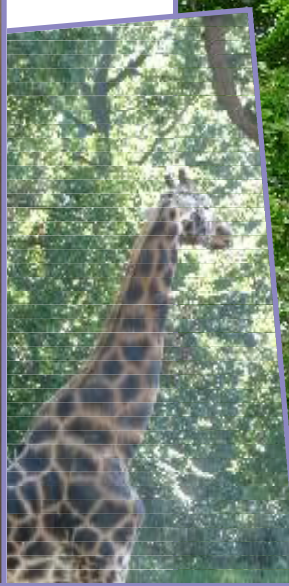
8. März 2013

INTERNATIONALER FRAUENTAG

seit 1909

Liebe Frauen in unseren Orts- und Kreisverbänden des ALV Mecklenburg-Vorpommern,

die Ihr Euch selbstlos für erwerbslose Menschen stets zuverlässig vor Ort in unserem Land einbringt. Wir, der Vorstand des ALV, sagt **DANKE** und wünscht Euch ein paar schöne, gemeinsame Stunden am Internationalen Frauentag.



SCHWERIN

Marktplatz Hagenow



1859 wählten in Hagenow
 166 Schawster. Ganz plietsch wies
 Schawsterjung Konrad, dei bie 'n
 Kloenstock an dei Rothhauspump
 amme tauhürt häü, wott dei Lüne
 ick vertellten. Hei künn dei Vertellers
 denn rich für sick beholl'n

Um Demidiam Fiek'n schreef dei
 Geschichten ehr Murre, dei Frau Püts-
 tellow ut Hagenow ehr verwestert
 hatt. Dürüm heit dort je hüüt noch:
 „Fiek'n höll schräb'n
 ut Hagenow.“



1849 Auswanderung



1924 Kollwitz-Plakat



1916 Frauenhilfsverein



Aus der Geschichte der Armut ...

Von Petra Eckert

■ **Vor 400 Jahren** Einführung des Lotteriespiels in Hamburg, um ein erstes Armenhaus einrichten zu können.

■ **Gemeinnützige Stiftungen** entstehen zu Hauf im 18. Jahrhundert. In Schwerin z.B. verschiedene Stiftungen aus privaten Nachlässen. Die Waisenstiftung, eine kirchlich anerkannte Stiftung, bereits 1754 gegründet, die sich elternloser Kinder annahm, sich um deren Erziehung und Ausbildung kümmerte. Sie existiert heute noch. Einnahmen flossen aus Zinsen, Garten- und Ackerpacht. Ein Schweriner Bürgermeister verfügte, dass mit seinem Nachlaß begabten, mittellosen Bürgern geholfen werden sollte.

■ **Vor 200 Jahren** beginnt von Kappeln an der Schlei die Entwicklung des Kleingartenwesens, in Schwerin ab 1848, in Leipzig ab 1864, in Berlin Ende des 19. Jahrhunderts; mittellosen Bürgern sollte so in Hungersnöten geholfen werden. Mitte des 19. Jahrhunderts wandern Mecklenburger wegen der unerträglichen Lebensbedingungen zu Tausenden nach Amerika aus.

■ **Zwischenzeitliche Armuts-Auszeit von 40 Jahren im deutschen Osten**, hier keine Arbeitslosigkeit. Zum ersten Mal in der

Geschichte sind die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum, keine einzige Tafel (um 900 gibt es gegenwärtig), keine Kleider- und keine Möbelbörsen, keine Schuldnerberatungsstellen, keine Rechtsstreitigkeiten ohne Ende und ...

■ **Gegenwart:** Rückfall in die Vergangenheit; Arbeitslosigkeit zieht wieder landesweit ins Leben von Millionen Menschen ein, erneute Armutserscheinungen, Arbeitslosenverein und Wohltätigkeitsvereine kümmern sich jetzt um die Probleme. Wieder fängt das Land an auszubluten, viele verlassen ihre Heimat, insbesondere junge, gebildete Frauen, ziehen der Arbeit hinterher oder werden zu Dauerpendlern; Berufe werden zu Jobs, Leiharbeit gehört nun zum Alltag. Anhäufung von Reichtum auf der einen Seite und Armut auf der anderen Seite bestimmen das Gesicht der Gesellschaft.

... muss gelernt werden, damit sich nicht ständig gleiche Fehler wiederholen und sich nicht immerzu im Kreis gedreht wird. Die Mitwirkung an einer gerechteren Gesellschaft tut Not!

■ **1990 ging nicht nur ein Land verlustig**, Zukunft kam abhandeln. Eine Chance auf eine gerechtere Gesellschaft, ohne Armut, wurde vertan. Nun leben wir in wirren, unberechenbaren Zeiten. Was heute noch wichtig

und noch richtig erscheint, ist morgen dann schon Makulatur. Die Masse wird im Alltagsgetriebe gefangen und ständig gut in Beschäftigung miteinander gehalten. Keine Zeit mehr zum Nachdenken. Altes kommt oft im neuen Gewand daher. Und es scheinen der Gesellschaft die Visionäre abhandeln zu kommen. Viele lebensunerfahrene Karrieristen, Schwätzer mit gutem Ein- und Auskommen sind unterwegs. Es fehlt an Machern. Feststellen von Zuständen ist das eine, ändern das andere. Reiche Erben haben bereits vor zehn Jahren ihre Art des Umverteilens begonnen. Keine Frage: Anerkennenswert!

Reiche Erben, die Gutes tun wollen

Vor zehn Jahren wurde in Verden an der Aller (hier wurde auch Attac Deutschland geboren), südlich von Bremen, von reichen Erben eine „**Bewegungsstiftung**“ (<http://www.bewegungsstiftung.de>) ins Leben gerufen, in Berlin dann im März 2002 gegründet. Weitere Geschäftsstellen wurden 2006 in Köln und 2012 nun in Berlin eingerichtet. Uneigenützig. Ungewöhnlich. Unglaublich! Hier wollen junge Reiche ihr Erbe umverteilen. Und sie wollen nicht nur, sie tun es nun bereits seit 10 Jahren. Verteilt wird Geld an die, die Sinnvolles bewegen wollen, aber denen das Geld dazu fehlt. ■